

# Bericht aus dem Rathaus

**DIE LINKE.**  
S C H W E R I N

Juni 2017

## Stadtvertretung beerdigt BUGA

Die Stadtvertretung hatte die Durchführung der BUGA im Jahr 2025 beschlossen und einen Bürgerentscheid darüber beschlossen. Nachdem das Land die finanzielle Unterstützung für das Projekt versagte mussten diese Beschlüsse nun aufgehoben werden. In der Debatte ging es hoch her.

Gerd Böttger stellte für die Linksfraktion klar, dass der Oberbürgermeister mehr für die BUGA hätte kämpfen müssen. „Ein bisschen mehr Gramkow“ wünschte er sich vom Oberbürgermeister. Denn der Dr. Badenschier sei Interessenvertreter der Landeshauptstadt und nicht der verlängerte Arm des Ministerpräsidenten oder gar seiner

Parteizentrale. Das sah die CDU nicht ganz so, kritisierte aber die Rostocklastigkeit der Landesregierung die auch in der Absage der BUGA zum Ausdruck komme. Einzig die SPD stand zu ihrem Oberbürgermeister der wie immer alles richtig gemacht habe, als er mit dem Florett und nicht mit dem Vorschlaghammer für die BUGA gekämpft hat.

Bei der Abstimmung hatte sich unsere Fraktion für eine Enthaltung entschieden. Wir hatten die Idee einer BUGA 2025 mitgetragen und den Bürgerentscheid auf den Weg gebracht. Das mit dem neuen OB alles so sang- und klanglos untergeht wollten wir nicht durch eine Ja-Stimme einfach so akzeptieren.

### Stadtvertretersitzungen nicht auf Youtube

Zu Beginn der Legislatur einigten sich die Stadtvertreter auf einen Kompromiss zur Ausstrahlung der Stadtvertretersitzung im Internet. Seitdem können Interessierte die Sitzungen der Stadtvertretung live im Internet verfolgen. Eine Speicherung des Livestreams erfolgt nicht.

Seit Anfang des Jahres sind die Stadtvertretersitzungen unabhängig davon auf Youtube zu finden. Dies löste in der Stadtvertretung unterschiedliche Reaktionen aus. Die ASK beantragte, den Livestream zu speichern und zu veröffentlichen. Die Linksfraktion ging noch einen Schritt weiter und wollte, dass die Stadtverwaltung den Livestream so aufbereitet, dass man die Reden zu den einzelnen Tagesordnungspunkten abrufen kann. Hier beriefen sich die Redner auf das Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger und auf das sich wandelnde Verhalten der Nutzenden.

CDU und Unabhängige beriefen sich auf die Persönlichkeitsrechte der Mitglieder der Stadtvertretung und beantragten eine Klarstellung in der Hauptsatzung, die den illegalen Mitschnitt verbietet und unter Strafe stellt.

Es gab eine lebhafte Debatte und das Für und Wider wurden abgewogen und tatsächlich gibt es für beide Sichtweisen nachvollziehbare Argumente. Zum Schluss sprach sich eine Mehrheit für die Änderung der Hauptsatzung aus und es bleibt beim bisherigen Verfahren zur Ausstrahlung der Stadtvertretersitzung im Internet.

### Natur in den Lankower Bergen soll besser erlebbar werden

Die Sölle in den Lankower Bergen sind mit Stacheldraht eingezäunt, Elektrozäune der Schafweiden versperren die Wanderwege. Das wollte unsere Fraktion nicht mehr einfach so hinnehmen und stellte den Antrag nicht in Re-italisierung befindliche Sölle nicht einzuzäunen und die Bewirtschaftung der Flächen so zu gestalten, dass die Wanderwege nicht betroffen sind.

Irina Micheilis machte in ihrer Einbringung deutlich, dass Stacheldraht nicht nur kein zeitgemäßes Mittel zur Abgrenzung öffentlicher Grünflächen sind, sondern auch eine große Gefahr für Mensch und Tier darstellen. Der Antrag wurde von der Stadtvertretung angenommen.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter [www.die-linke-schwerin.de](http://www.die-linke-schwerin.de)

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

## **Kaninchenwerder wieder einmal Thema in der Stadtvertretung**

Der Arbeitskreis Soziales hatte in seiner letzten Sitzung den Verbund Soziale Projekte (VSP) besucht. Der VSP ist einer der Akteure auf der Insel und an der Schnittstelle Jugendarbeit und Arbeitsmarktpolitik tätig. Beim VSP trat die Frage auf, ob die Stadtpolitik und die Verwaltung das Projekt Kaninchenwerder überhaupt noch wollen und wie die Arbeit weitergehen soll.

Diese Frage beantworteten Rednerinnen und Redner aller Fraktionen eindeutig. Die Insel soll sich weiter entwickeln; touristisch, im Bereich des Umweltschutzes und im Rahmen des Weltkulturerbes. In seiner Einbringung betonte Peter Brill, dass das letzte Konzept aus dem Jahre 2010 sei und gegenwärtig wohl nicht nach einem Konzept gearbeitet werde, sondern eher Stillstand auf der Insel herrsche.

Unabhängig davon beschloss die Stadtvertretung nun, dass ein neues Konzept erstellt werden soll und beauftragte die Verwaltung dabei auch verschiedene Varianten der Entwicklung aufzuzeigen.

## **Novellierung des Kindertagesfördergesetzes (KiföG) Thema in der Stadtvertretung**

Das Thema hatte in Mecklenburg-Vorpommern Wellen geschlagen. Um dem Problem des Fachkräftemangels in den Kitas Herr zu werden hat die Landesregierung einen neuen Ausbildungsgang ins Leben gerufen.

Er sollte jungen Menschen ermöglichen schneller in einer Kita tätig zu werden – mit einer verkürzten Ausbildungszeit. Dies rief den Protest z.B. der Mitarbeitenden der Kita gGmbH hervor, die sich auch öffentlich artikulierten. Unter anderem sollen die Auszubildenden, bereits in der Ausbildung auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel angerechnet werden. Das bedeutet letztendlich weniger Erzieherinnen und Erzieher, die auch die Zeit für die Auszubildenden aufbringen müssen.

Wolfgang Block und Helmut Holter kritisierten dies scharf. Insbesondere kritisierte Helmut Holter den OB. Die Geschäftsführung der Kita gGmbH hatte sich entsprechend der Positionierung der Kolleginnen und Kollegen, dagegen ausgesprochen, Auszubildende aus diesem dualen Bildungsgang aufzunehmen. Kurzer Hand wies der Oberbürgermeister per Gesellschafterweisung die Geschäftsführerin während ihres Urlaubs an, Auszubildende noch in diesem Jahr aufzunehmen. Eine Gesellschafterweisung ist schon etwas Besonderes, insbesondere wenn sie an der Stadtvertretung und am Aufsichtsrat vorbei erfolgt. Von dieser Art der Gesellschafterweisung hat zuletzt Johannes Kwaschik Gebrauch gemacht. Die Kritik von Helmut Holter prallte ab. Die Koalitionsmehrheit der Landesebene sorgte auch in der Stadt dafür, dass es keine offizielle Kritik an der Novellierung des KiföG gibt.

## **Dringlichkeitsantrag zur Flüchtlingsarbeit scheiterte**

Die Flüchtlingshilfe Schwerin e.V. hat zum Wochenende vor der Stadtvertretung öffentlich erklärt, ihre ehrenamtliche Arbeit in der Zukunft auf die aktuell noch laufenden Projekte zu beschränken und keine neuen Projekte mehr zu beginnen oder zu initiieren. Die Verwaltungsspitze der Landeshauptstadt hat auf diesen Schritt mit Überraschung reagiert, dazu erklärt Stefan Schmidt, Stadtvertreter unserer Fraktion:

Die Überraschung innerhalb der Verwaltung zu diesem Schritt verwundert sehr und zeigt deutlich, wie wenig sich die Verwaltungsspitze für die Nöte und Belange der ehrenamtlich engagierten Menschen, nicht nur innerhalb der Flüchtlingshilfe interessiert. Bereits in der Diskussion zum Haushalt 2017/2018 im Dezember vergangenen Jahres wurde durch unsere Fraktion deutlich auf die Problemlage in der Flüchtlingshilfe aufmerksam gemacht.

Bereits zum damaligen Zeitpunkt hatte die Fraktion DIE LINKE eine Personalstelle beantragt, die die Koordination und Betreuung der ehrenamtlichen Projektarbeit übernehmen sollte. Die Verwaltung hat im Rahmen der Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss zugesagt, kurzfristig das Gespräch mit der Flüchtlingshilfe zu suchen und im Rahmen des zwischenzeitlich eingestellten Personals eine Lösung für die Unterstützung der Flüchtlingshilfe zu finden.

Wie die Antwort des Oberbürgermeisters auf unsere Anfrage vom 6.6.2017 zum Integrationsfond des Landes insbesondere die Antwort auf nach der Problemlösung bei der Flüchtlingshilfe zeigt, ist seit diesem Zeitpunkt entgegen der Zusage in der Ausschussberatung nichts von dem Zugesagten passiert. Sämtliche aufgeführten Tätigkeiten, mit Ausnahme der mehr als schleppenden Antragsbearbeitung aus der „100€ / Kopfpauschalförderung“, zu der bis heute kein Bewilligungsbescheid bei der Flüchtlingshilfe vorliegt, sind bereits berichteter Sachstand aus dem Dezember des vergangenen Jahres. Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit und engagierte Unterstützung sehen anders aus.

Da sich diese Unzufriedenheit nicht ausschließlich nur auf die Flüchtlingshilfe erstreckt, ist hier nun von der Verwaltung schnelles und entschlossenes Handeln erforderlich, damit nicht weiteres ehrenamtliches Engagement wegbricht.

Trotz der zweifelsohne vorhandenen Dringlichkeit, die Stefan Schmidt für die Linksfraktion begründete, wollte sich die Mehrheit der Stadtvertretung nicht mit dem Thema befassen. Der OB erklärte, dass es sich doch nur um einen Bereich der Flüchtlingsarbeit handele und dadurch nicht die Flüchtlingsarbeit in Gänze bedroht sei. Daher sei eine Dringlichkeit nicht vorhanden. Dem folgte die Mehrheit der Stadtvertretung. Der Antrag wird nun in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung behandelt.